



„Sozialpolitik hilft Kriminalität verhindern“

NRW-Justizminister Thomas Kutschatj spricht auf Einladung der SPD

Der junge und vielen noch unbekannte nordrheinwestfälische Justizminister, Thomas Kutschatj, stellte sich unseren Mitgliedern in einer öffentlichen Vortragsveranstaltung im Hotel Seminaris vor. Eingeladen hatte unser Ortsverein zusammen mit der SPD-Rhein-Sieg. Unser Mitglied, Roland Ketterle, hatte den Kontakt hergestellt.

Unter der Überschrift „Wer kann sich das Recht noch leisten?“ sprach

der Minister wichtige Bereiche der aktuellen Justizpolitik des Landes an. Dem Umgang mit jugendlichen Straftätern widmete er dabei breiten Raum. Es sei nicht notwendig, das Strafmaß zu erhöhen. Wichtig sei vielmehr, dass die Strafe unmittelbar erfolge und der Täter sofort die Konsequenzen seines Handelns erfährt. Das Kölner „Haus des Jugendrechts“ sei beispielhaft für einen schnellen und effizienten Umgang mit jugendlichen Tätern. Die Rückfallquote hätte sich dort deutlich verringert.

Mehr als 90 Prozent der jugendlichen Täter stamme aus sozial schwachen, bildungsfernen Familien in benachteiligten Wohngebieten. Die meisten hätten eine gescheiterte schulische Laufbahn hinter sich und kaum berufliche Chancen. Hier müsse die Gesellschaft ansetzen, forderte der 43jährige Minister.

Ein besonderes Anliegen ist ihm das Thema „Vorsorgevollmacht“. Immer mehr alte und junge Menschen sind nicht geschäftsfähig. Die Zahl der Menschen, die nicht in der Lage sind, wichtige Angelegenheiten des eigenen Lebens selbst zu regeln, nimmt zu. Gründe dafür sind die wachsende Zahl alter und sehr alter Menschen sowie junger Menschen mit psychischen Krankheiten. Um zu verhindern, dass die Betreuung (früher Vormundschaft) einem vom Gericht bestellten Betreuer angeordnet wird, warb der Minister für die Möglichkeit der Vorsorgevollmacht. Sie gibt dem Betroffenen die Möglichkeit, rechtzeitig eine Person aus dem

Kreise der Familie oder Freunde fest zu legen, wer im Falle der eigenen Geschäftsunfähigkeit, die Vollmacht für die Betreuung erhalten soll.

Im Rahmen von immer knapper werdenden Finanzen machte sich Kutschaty auch Gedanken über Einsparmöglichkeiten im Justizsystem. Er vertrat die Ansicht, dass nicht alle Streitigkeiten vor Gericht gelöst werden müssten. Der Minister sprach sich daher für die ‚Mediation‘ als alternatives Streitschlichtungsverfahren aus und lobte die ehrenamtlichen Schiedspersonen im Land, die viele Konflikte helfen außergerichtlich zu lösen. Einige Schiedsfrauen und Männer fanden sich auch im Publikum.

Foto: v.l.n.r. NRW–Justizminister Thomas Kutschaty, Moderatorin Gisela Becker aus dem Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, SPD-Vorsitzende Annette Stegger und der SPD-Kreisvorsitzende Sebastian Hartmann.

Aus der Ratsfraktion

Klaus Munk

Was lässt sich aus unserer Fraktionsarbeit berichten? Zuerst einmal, dass wir leider keine Mehrheiten haben, um unsere Vorstellungen durch Ratsbeschlüsse in die Tat umsetzen zu können ?

Wir mussten andere Wege suchen. Der Versuch über einen kooperativen Stil mit den Jamaika Parteien zu anstehenden Themen eine Sachdiskussion zu führen um so eigene Vor-

stellungen im Vorfeld politischer Entscheidungen in die Beschlussvorlagen der Ratsmehrheit einzubringen, war ein Weg. Dieser Weg schien auch zu gelingen. Der Ton im Rat war zu diesem Zeitpunkt freundlich, sachlich und kollegial. Leider hielt das nicht lange an. Die Hardliner setzten sich durch. Man zog sich auf die Position zurück, im Besitz der Mehrheit zu sein und damit ein gemeinsames Gespräch

zu anstehenden Sachthemen nicht nötig zu haben. Traurig nur, dass der stärkste Widerstand gegen einen kooperativen Arbeitsstil ausgerechnet aus den Reihen der Grünen kam.

Was unter diesen Umständen bleibt ist, mit eigenen gut durchdachten Initiativen und Positionen Präsenz zu zeigen - sei es als Fraktion, sei es in Zusammenarbeit mit dem Ortsverein. Es muss erkennbar bleiben, dass wir die bessere und menschlichere Alternative für diese Stadt sind.

Eigene Initiativen wie z.B. zur Verbesserung der Situation um den Bahnhof, der Aufwertung und Nutzung des Reitersdorfer Parks, der Ausweisung eines Grundstücks für ganzjähriges Schwimmen, der Ausweisung von Flächen für sozialen Wohnungsbau und manches andere, das wir in diesem Jahr auf den Weg gebracht haben, helfen da am besten.

Neben diesen Initiativen haben unsere Positionen öfter einen unbedachten und mangelhaft durchdachten Aktivismus der Ratsmehrheit aufgezeigt und sie gerade in dem Bereich am deutlichsten bloßgestellt, in dem sie besonders gerne eigene Fachkunde reklamieren.

Es fiel bei der desolaten Finanzlage schwer, in diesem Jahr dem Haushalt der Stadt zuzustimmen.

Natürlich haben wir Wally unsere Bürgermeisterin nicht allein gelassen in dem Wissen, dass von ihrer Seite alles getan wurde, um Kosten zu minimieren, wo dies nur eben möglich war, und dass sie nicht verantwortlich ist für die zentralen Ursachen der Misere.



Besonders meine ich damit die Drieschweganbindung, die in unglaublicher Sturheit über viele Jahre hinweg von der Ratsmehrheit gestützt wurde und wird – selbst dann noch als die Gesamtfinanzierung durch die Unsicherheit von Förderungen des Landes Rheinland-Pfalz ins Wanken kam. In meiner Haushaltsrede habe ich deutlich darauf hingewiesen, dass der Zweck dieser Straße nach dem Kompromiss zur Bebauung von Selhof Süd mit gerade mal 50 Wohneinheiten komplett weggefallen ist. „Hier wird Geld vergraben, das wir nicht haben für eine Straße, die wir nicht brauchen!“ So war meine abschließende Feststellung. Leider ändert das nichts mehr, aber ich bin mir sicher, dass es unseren

Bürgerinnen und Bürgern dann erst richtig bitter aufstoßen wird, wenn immer mehr kommunale Leistungen zurückgefahren werden, so dass sie die Folgen der Drieschweganbindung ganz konkret am eigenen Leibe spüren. Dann ist es nur wichtig, dass wir so in der Öffentlichkeit gearbeitet haben, dass keiner die Schuld bei der Bürgermeisterin sucht sondern weiß, dass CDU und Kollegen das dringend benötigte Geld am Drieschweg vergraben haben. Genau darum werden wir – auch wenn sich nichts mehr ändern lässt – immer wieder darauf hinweisen!

Auch in einem anderen Fall bewiesen die selbst ernannten Wirtschaftsfachleute aus CDU, FDP etc. einen eklatanten Mangel an Kompetenz. Ich spreche von dem Hin- und Her um die Institutionalisierung der Wirtschaftsförderung. Zuerst sollte eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft gegründet werden. Wir haben von Anfang an darauf hingewiesen, dass sich eine solche Gesellschaft bei der Größe unserer Stadt niemals tragen würde. Selbst der Wirtschaftsförderer des Kreises riet ab. Es brauchte dennoch ein Jahr, bis diese Erkenntnis bei unseren politischen Gegnern angekommen war.

Dann wollte man einen Ausschuss erweitert um fachkundige Berater aus der Honnefer Wirtschaft. Wir gaben zu bedenken, dass so wichtige Fachkräfte wie die Vorstände von Sparkasse und Bad Honnef AG dann wegen der städtischen Beteiligungen an diesen Gesellschaften nicht wür-

den mitwirken können. Wir schlugen vor, dem Ausschuss einen Fachbeirat zur Seite zu stellen, um dieses Problem zu vermeiden und regten außerdem an, den Tourismus als zentralen Wirtschaftssektor mit Schlüsselfunktion im Namen des Ausschusses hervorzuheben. Man hörte nicht auf uns. Aber wie heißt es doch so schön: „Wer nicht hören will muss fühlen“. Die nächste Blamage der Jamaikaner ist vorprogrammiert.

Das alles ändert leider nichts daran, dass wir zur Zeit keine Mehrheit haben, um solchen Unsinn zu vermeiden und im Rat sinnvolle Politik gestalten zu können.

Es ist aber auch so, dass wir bei der Politik der aktuellen Mehrheiten jede Chance haben, den Bürgerinnen und Bürgern bis zur nächsten Wahl bewusst zu machen, dass die SPD die bessere Alternative ist.

Impressum

"Wir im Ortsverein"
Mitgliederinformation der
SPD Bad Honnef

V.i.S.d.P.: Annette Stegger
Am Sperrbaum 8,
53604 Bad Honnef

Redaktion und Gestaltung:
Hartmut Witte
Böckingstr. 9, 53604 Bad Honnef
hartmutwitte@gmx.com

www.spd-bad-honnef.de

Annemarie Große-Jütte leistet Friedensdienst in Moskau



Die SPD Bad Honnef unterstützt mit einer Patenschaft das mutige Engagement von unserem Mitglied Annemarie Große-Jütte. Sie geht mit der Aktion Sühnezeichen (ASF) für ein Jahr nach Moskau. Annemarie ist vielen von uns bekannt als Mitstreiterin in der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen und als engagierte Bürgerin. Immer lag dabei ihr Schwerpunkt auf dem Bereich Aufklärung und Bildung. Jetzt hat sich die Mutter von drei erwachsenen Kindern mit 63 Jahren dazu entschieden, ein Jahr in Moskau zu verbringen und sich für Frieden, Verständigung und Toleranz einzusetzen. Hier veröffentlichen wir einen Brief von Annemarie über ihre Motive und ihre bevorstehende Aufgabe:

Ab dem 1. September gehe ich für ein Jahr nach Moskau um dort als Freiwillige für die Aktion Sühnezeichen-Friedensdienste beim „Holocaust-Zentrum“ zu arbeiten. Mit Osteuropa und Russland verbindet mich

seit langen Jahren persönliches und berufliches Interesse und die Erfahrungen aus vielen Reisen und Kontakten. Oft ist mir dabei bewusst geworden, wie stark in diesen Ländern der Krieg im Gedächtnis der Menschen immer noch präsent ist .

Nach einem ASF- Sommerlager 45plus im letzten Sommer in Czernowitz, bei dem wir Renovierungsarbeiten auf dem jüdischen Friedhof ausführten, ergaben sich intensive Kontakte zur dortigen jüdischen Gemeinde. Seit zwei Jahren unterrichte ich in Köln russischsprachige Migranten in Deutsch, darunter viele mit jüdischem Hintergrund. Aus Gesprächen mit ihnen habe ich viel über die Geschichte und heutige Situation der Juden in der Sowjetunion bzw. Russland erfahren und mich weiter in das Thema eingelesen. Erschreckend für mich war zu sehen, wie der „klassische“ Antisemitismus in der Sowjetunion bis hin zur Perestrojka instrumentalisiert wurde, um politische Schwierigkeiten zu überdecken, ebenso erschreckend der „neue“ Antisemitismus und Rassismus im heutigen Russland. Etwas dagegen tun ließe sich zwar auch in Deutschland. Dies in Russland zu tun bedeutet für mich, mit den Kräften zusammen arbeiten zu können, die für ein demokratisches Russland eintreten und die in besonderem Maße unsere Solidarität verdienen, nicht zuletzt angesichts dessen was der Hitlerfaschismus dort angerichtet hat.

So habe ich mich vom den Leitgedanken von ASF sehr angesprochen gefühlt, dass auch noch die jetzige Generationen in der Verantwortung für die NS-Gewaltherrschaft steht und ihr durch Friedensdienst als Erinnerungsarbeit oder soziales Engagement begegnet. Damit soll Entschlossenheit gezeigt werden, den aktuellen Formen

von Antisemitismus, Rassismus und Ausgrenzung von Minderheiten durch den Einsatz für mehr Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Frieden entgegen zu treten. Durch meine Arbeit in Moskau möchte ich dazu einen kleinen Beitrag leisten. Im „Holocaust-Zentrum“ werde ich recherchieren, archivieren und übersetzen und zusätzliche ältere Menschen aus der jüdischen Gemeinde betreuen und Kinder tschetschenischer Flüchtlingsfamilien in Englisch unterrichten.

Ich denke es wird nicht immer einfach sein, tagtäglich mit der Geschichte der Judenverfolgung und der Schuld des eigenen Landes daran konfrontiert zu werden. Ein anderes Problem, auf das ich im Laufe der

Vorbereitungen stieß, ist das Phänomen des „linken Antisemitismus“ in der Geschichte sozialistischen und sozialdemokratischen Denkens bis hin zur aktuellen Israeldiskussion und der Frage, wann ist eine Kritik der israelischen Politik berechtigt oder sogar notwendig und wo beginnt der Antisemitismus. Auch damit werden ich mich auseinander zu setzen haben. Wie es mir gelingt, werde ich in meinen Berichten schreiben, die auch an Euch gehen werden.

Zunächst möchte ich dem OV ganz herzlich für seine Solidarität und Bereitschaft danken, für meinen Friedensdienst eine Patenschaft zu übernehmen.

Herzliche Grüße,

Eure Annemarie Große-Jütte

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (ASJ)

Treffpunkt und Arbeitsplattform sozialdemokratischer Juristen

Die Moderation der Veranstaltung mit Thomas Kutschaty hatte Gisela Becker aus Königswinter übernommen, Richterin a.D. und Beisitzerin im Vorstand der Landes- und Bundes-ASJ. Wir haben sie gebeten, uns die ASJ in kurzer Form vorzustellen. Vielleicht sind auch weitere Mitglieder aus unserem Ortsverein an einer Mitarbeit interessiert.

Die ASJ ist eine Arbeitsgemeinschaft der SPD, die sich mit rechtspolitischen Fragen in allen Facetten befasst. Hierzu werden Anträge entwickelt und fachlich diskutiert, zum Beispiel derzeit die Verkürzung der Vertragslaufzeiten im Verbraucherrecht wie im Bereich der Telekommunikation. Hierbei gilt es die europäische Rechtsentwicklung insbesondere die Harmonisierung des

Verbraucherrechts zur Vereinfachung der grenzüberschreitenden Geschäfte zu berücksichtigen. Dass in diesen Bereichen auch in Brüssel die sozialdemokratische Handschrift erkennbar ist, ist besonders hier in NRW unser Anliegen.

Mittlerweile ist es gelungen, uns europaweit in einem sozialdemokratischen Netzwerk "Eusonet" zu organisieren. Die kürzlich in Dresden abgehaltene Konferenz befasste sich außer mit dem europäischen Vertragsrecht auch mit Migration und Terrorismusbekämpfung im Spannungsfeld zu den allgemeinen Menschenrechten. Weiter wurde ein Antrag zum SWIFT-Abkommen mit den USA, das uns wegen des Datenschutzes beunruhigt, einstimmig verabschiedet.

Zur Jugendkriminalität ist ein Konzept entwickelt worden, das im Internet unter "Rationaler Umgang mit Jugendkriminalität: Teilhabe von Kindern und Jugendlichen stärken - Jugendgewalt verhindern" abgerufen werden kann. Es hat mehrfach als Grundlage für andere Fachgremien gedient und genießt hohe Wertschätzung.

Sowohl materiell - wie verfahrensrechtliche Vorhaben werden von uns beobachtet und fachlich begleitet. Dies gilt auch für parteiinterne Vorgänge wie derzeit die Parteireform.

Wir arbeiten eng mit der Land- und Bundestagsfraktion zusammen und nehmen regelmäßig an Sitzungen des

Arbeitskreises Recht in Berlin mit beratender Stimme teil.

Wer spannende rechtspolische Diskussionen schätzt und Einfluss auf aktuelle Politik unserer Partei nehmen will, ist herzlich eingeladen mitzumachen.

Ansprechpartner der ASJ in der SPD-Rhein-Sieg ist deren Vorsitzender Rechtsanwalt Daniel Draznin:

Tel. 0228 9695444, Sternstr.47, 53111 Bonn, d.draznin@web.de

Weitere Informationen finden sich auf der Website der SPD:

http://www.spd.de/spd_organisationen/asj/

Gisela Becker

Strukturkonzept „Grüne Mitte“ für Selhof-Süd

Stadtentwicklungen laufen manchmal sehr langsam und das ist häufig gut so. Der bestehende Flächennutzungsplan für die ca. 30 Hektarfläche des „Selhofer Feldes“ aus dem Jahre 1976 sah u.a. eine Wohnbaufläche für ca. 1.500 neue Einwohner vor.

Die SPD gründete (Vorstandsarbeit unter Leitung von Dagmar Struß) am 6.10.2005 eine Arbeitsgruppe „Selhof-Süd“. Ziel dieser Arbeitsgruppe war es, die Meinungsbildung zur Flächennutzung dieses Stadtteils zu entwickeln. Die Arbeitsergebnisse lagen zwischen keiner Baufläche (komplette Erhaltung der Grünfläche und der Bebauung einer kleinen Teilfläche (Abrundung der vorhandenen Baustruktur).

In einer SPD- Mitgliederversammlung (22.8.2006) wurde mehrheitlich entschieden, dass keine weitere Wohnbebauung im Honnefer-Süden stattfinden und das Gebiet als Landschaftsschutzzone im Flächennutzungsplan ausgewiesen werden sollte.

Zur gleichen Zeit bildete sich eine Bürgerinitiative, die jegliche Bebauung dieses Gebietes ausschloss. Bürgerblock und CDU versuchten ihrerseits eine mögliche Bebauung voranzutreiben.

Die SPD im Planungsausschuss versuchte in den letzten Jahren über einen Aufstellungsbeschluss für einen neuen Flächennutzungsplan eine möglichst große Fläche als „Grün-

